Material zum SRP-Prozess

Inhalt:

1. Antrag der Bundesregierung vom 19.11.1951

2. Schriftsatz der SRP vom 2.1.1952

3. Schriftsatz der Bundesregierung vom 16.6.1952

4. Zeugenangebot der SRP vom 7.7.1952

5. Gutachten des Professors Dr.Bergsträsser

6. Gutachten des Professors Dr. Peters

7. Eingangsplädoyer des Staatssekretärs Ritter v.Lex

8. Entwurf bezw. Schlussvortrag des Rechtsanwaltes Pelkmann vom 15.7.1952

9. Schlussplädoyer des Staatssekretärs Ritter v.Lex vom 15.7.1952

10. Urteil des Verfassungsgerichtes vom 15.7.1952 (kurze Gründe)

11. Text der Warnung vor der SRP vom 18.7.1952 (Konferenz der Innenminister, Bonn)

12. Urteil des Verfassungsgerichtes vom 15.7.1952 (ausführliche Gründe)

13. Berichtigungsbeschluss vom 31.10.1952

Der Bundesminister des Innern

Bonn, den 19. November 1951.

An das
Bundesverfassungsgericht
- Erster Senat -
K a r l s r u h e

Antrag der Bundesregierung

auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
der Sozialistischen Reichspartei,
vertreten durch ihren Vorstand:

1. Dr. Fritz D o r l s, MdB, Hannover, Gneisenaustr. 67,
2. Otto Ernst R e m e r, Generalmajor a.D. Varel/Oldenburg, Lohrstr. 3

Namens der Bundesregierung beantrage ich, zu erkennen:

1. Es wird festgestellt, daß die Sozialistische Reichspartei (SRP) verfassungswidrig ist.
2. Die Sozialistische Reichspartei mit allen ihren Teilorganisationen wird aufgelöst.
3. Es wird verboten, für die Sozialistische Reichspartei oder ihre Teilorganisationen, insbesondere Reichsfront, Reichsjugend und SRP-"Frauenbund" Tarn- oder Ersatzorganisationen zu schaffen.
4. Das Vermögen der Sozialistischen Reichspartei und ihrer Teilorganisationen wird zu Gunsten des Bundes für gemeinnützige Zwecke eingezogen.

I (S)

I.

Die Gründung der NSDAP in den Jahren 1919 und 192[0] erfolgte in einer Zeit, in der eine neue Regierung auf demokratischer Grundlage Deutschland aus dem Zusammenbruch nach dem ersten Weltkrieg zu retten suchte, in der sie die Aufgabe hatte, einen einigermaßen erträglichen Friedensvertrag mit den Kriegsgegnern zu erreichen und die Einheit des Deutschen Reiches zu erhalten. Der Zu[sa]menbruch der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und die allgemein drückende Not erschwerten diese Aufgaben. Sie erleichterten dagegen die politische Demagogie. Ihrer bediente sich insbesondere die NSDAP unter der Führung Hitlers, der sich als ein ganz auf Haß eingestellter Hetzer erwies und große Massen in den Bann seines Wollens und Handelns zog. Durch seine auf Massenpsychose eingestellte Demagogie erfuhr die NSDAP einen raschen Aufstieg zunächst in Bayern, dann aber auch im sonstigen Reichsgebiet.

Gefördert wurde dieser Aufstieg durch die Tatsache, daß die NSDAP durch das Führerprinzip ihre Organisation völlig auf den Parteivorsitzenden ausgerichtet und seinen Befehlen unterworfen hatte.

Zum Schutz der Partei und ihrer Veranstaltungen wurde eine Schutz- und Propagandatruppe geschaffen, die seit dem Jahre 1921 uniformiert und Sturmabteilung (SA) genannt wurde. Ihr gehörten die robustesten und zuverlässigsten Parteigenossen an, die den Befehlen der Parteileitung bedingungslos gehorchten. Bald wurde ihnen die Aufgabe gestellt, jede freie Diskussion in Werbekundgebungen der Partei zu unterbinden. In kurzer Zeit entwickelte sich die SA zu einer Terrororganisation, die zusammen mit der später gegründeten Schutzstaffel (SS) der Partei eine bis dahin unbekannte Stoßkraft verlieh. Rücksichtslosigkeit und unbedingter Gehorsam unter den Willen ihres Führers kennzeichneten diese Organisationen, die auch nicht vor politischem Mord zurückschreckten.

Die demagogische Propaganda erweckte in den Massen den Rausch des Fanatismus und des Hasses. Eine ihrer Thesen war die Dolchstoßlüge, die

Behauptung, gewisse Kreise des deutschen Volkes seien dem kämpfenden Heer während des ersten Weltkrieges in den Rücken gefallen; durch diesen Verrat seien der Krieg und die Ehre des deutschen Volkes verloren worden. Im Rahmen der Dolchstoßlüge wurden alle, die am Zustandekommen des damaligen Waffenstillstandes und des Versailler Vertrages mitgewirkt hatten, als Hoch- und Landesverräter hingestellt und als feige Schwächlinge oder als vor dem Feinde kapitulierende Erfüllungspolitiker diffamiert.

In Ergänzung zur Dolchstoßlüge wurde die Auffassung verbreitet, daß der neugegründete demokratische Staat seine Grundlage in einer illegalen Revolution habe und an innerer Haltlosigkeit und Schwäche leide. Darüber hinaus wurden die mühsam errungenen Erfolge der Staatsmänner des Weimarer Staates bewußt herabgesetzt oder abgeleugnet.

Dieses Verhalten der führenden Kreise der NSDAP erscheint um so verwerflicher, als das deutsche Volk damals erstmalig die selbstverantwortliche Leitung eines demokratischen Staatswesens unter Überwindung der durch den Verlust des Krieges erlittenen Not lernen mußte.

In skrupelloser Weise paßte sich die Propaganda der NSDAP den jeweiligen Verhältnissen und Erfordernissen an. Hierzu benutzte sie vor allem das Mittel der Täuschung über die wahren Ziele der Partei und ihrer Führer. Hitler hat mehrfach Legalitäts- und Loyalitätserklärungen abgeben und sie dann in dem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt gebrochen. Solche Loyalitätserklärungen finden sich z.B. anläßlich des Hochverratsprozesses gegen Hitler (vergl. Bayerische Staatszeitung Nr. 64 vom 15.3.1924), bei der Vernehmung Hitlers als Zeuge im Ulmer-Reichswehrprozeß und in einem Briefwechsel mit Meißner vom November 1932. In allen Fällen hatte Hitler freiwillig bekundet, sich an Gesetz und Recht zu halten. Er hat diese Versprechen ebenso wenig gehalten wie seinen Eid als Reichskanzler, durch den er sich verpflichtet hatte, die Weimarer Verfassung zu achten.

So

So hat er bereits im November 1923 einen Staatsstreich versucht und später den Sturz der Weimarer Republik mit allen Mitteln betrieben. Nach 1933 hat er die Stellung des Reichstags durch das verfassungswidrige Verbot der SPD und der KPD und durch die erzwungene Selbstauflösung der übrigen Parteien untergraben. Im Februar 1934 löste Hitler trotz seines gegenteiligen Versprechens durch Gesetz den Reichsrat auf. Ferner wurde der staatsrechtliche Bestand der Länder durch Gesetz vom 30.1.1934 vernichtet.

Daß Hitler trotz seiner Loyalitätserklärungen gegenüber den christlichen Konfessionen kurze Zeit später den Kirchenkampf gegen sie mit aller Schärfe betrieb, war ein weiterer Beweis für seine konsequente Unaufrichtigkeit.

Daß die NS-Propaganda neben der Täuschung auch die Drohung benutzte, zeigte sich bei den verschiedensten Anlässen. So erklärte Hitler bei der Einbringung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag am Schluß seiner Rede: "Die Regierung bietet den Parteien des Reichstags die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung und einer sich darauf in Zukunft anbahnenden Verständigung. Die Regierung ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Begründung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen. Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst entscheiden über Krieg oder Frieden". Schon vorher hatte Göring in seiner Rede vom 11.3.1933 in Essen drohend darauf hingewiesen, daß die NSDAP "jahrelang die Abrechnung mit den Verrätern angekündigt" habe. Auf dem vorbezeichneten Wege der Illegalität und des Terrors bildet die Tatsache einen bedeutsamen Markstein, daß Hitler nach den Mordtaten des 30.6.1934 durch ein Gesetz die "zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe vollzogenen Maßnahmen" als Staatsnotwehr für rechtens erklären ließ, obwohl die Ereignisse dieses Tages als willkommener Anlaß benutzt wurden, politische Gegner zu ermorden. Solche "Staatsraison" entsprach der Vernichtung des

Rechtsempfindens

Rechtsempfindens als Folge der Schlagworte des NS-Systems wie z.B.: "Recht ist, was dem Volke nützt, Unrecht, was ihm schadet. Du bist nichts, Dein Volk ist alles".

Dem rückschauenden Betrachter ist es heute unbegreiflich, daß der Führer einer solchen Partei zum Reichskanzler ernannt werden konnte, und daß dieser Partei der Weg zur sogenannten Machtübernahme und damit zur Diktatur freigegeben wurde. Hierin lag die Preisgabe der freiheitlichen Demokratie. Es folgte die Abwendung von jeder Rechtsstaatlichkeit ebenso zwangsläufig wie die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Es folgte schließlich ein Terror ohnegleichen, der zu der Judenboykotten, den Judenverfolgungen, zur Verschleppung Zehntausender in Konzentrationslager, zur Mißhandlung politischer Gegner in diesen Lagern und in den Kellern der Gestapo sowie zur Ermordung politischer Gegner führte. Dieser Terror brachte als letzte Folge den Krieg, der dem deutschen Volke durch seine eigene Führung aufgezwungen wurde und noch heute unübersehbare Auswirkungen und Schäden zeitigt.

II.

Unser deutsches Volk steht mitten in der schweren Aufgabe, von dem tiefen Fall, in den es die Machthaber der NSDAP gestürzt haben, wiederaufzustehen. Die lange Dauer des Krieges, die furchtbaren Zerstörungen in Städten und Dörfern brachten einen ungeheuren Schwund nicht nur der Vermögenssubstanz, die nach dem ersten Weltkrieg trotz der Inflation erhalten geblieben war, sondern auch an biologischer Substanz und sittlichem Ethos. Das Ende des Krieges brachte den vorläufigen tatsächlichen Verlust großer und wertvoller Räume. Die Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten wie der Volksdeutschen aus

anderen

anderen Staaten erzeugte einen ungeheuren Bevölkerungsdruck innerhalb des verbliebenen stärkstens eingeengten Raums. Dieser Bevölkerungszustrom führte zu wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Verhältnissen, die zu größten Besorgnissen Anlaß geben müssen, deren Lösung ohne Hilfe von außen unmöglich ist. Der Neuaufbau in dem von den Kriegsgegnern zur Gänze besetzten Staatsgebiet kann nur unter unsäglicher Mühsal erfolgen.

Wieder ist es der demokratische Staat, der ein unseliges Erbe zu verwaltn gezwungen ist, der aus den Trümmern, die das totalitäre Regime hinterlassen hat, aufbauen muß, der in unglich schwieriger Situation als nach dem ersten Weltkrieg in mühseliger Verhandlung mit den ehemaligen Kriegsgegnern um Vertrauen und Gleichberechtigung ringen muß.

Das durch eine brutale Diktatur der Freiheit entwöhnte deutsche Volk muß von neuem tastende erste Schritte im freiheitlich-demokratischen Staat tun, muß sich erst zum Tragen politischer Eigenverantwortung erziehen, muß lernen, echte Politiker von politischen Abenteurern und Scharlatanen zu unterscheiden. Die Bundesregierung aber hat nach den politischen Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte die Pflicht, höchste Wachsamkeit zu üben und alle gesetzlichen Möglichkeiten zu erschöpfen, wenn in der jetzigen schwierigen Lage des deutschen Volkes eine Partei auftritt, die den Charakter einer N a c h f o l g e o r g a n i s a t i o n d e r N S D A P trägt und hierdurch sowie auch n a c h i h r e r g a n z e n Z i e l s e t z u n g und nach dem V e r h a l t e n i h r e r A n h ä n g e r darauf ausgeht, die freiheitlich-demokratische Grunderdnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

III.

III. 6

Die SRP erweist sich n a c h i h r e r E n t s t e h u n g s g e s c h i c h t e, n a c h i h r e n f ü h r e n d e n P e r s ö n l i c h k e i t e n, n a c h i h r e r i n n e r e n O r g a n i s a t i o n, n a c h i h r e m P r o g r a m m, n a c h i h r e r P r o p a g a n d a und n a c h d e m V e r h a l t e n i h r e r A n h ä n g e r a l s e i n e s o l c h e P a r t e i.

Zum Nachweis hierfür wird auf folgendes hingewiesen:

1. Der Vorstand der SRP setzt sich seit der Gründung dieser Partei im Oktober 1949 vorwiegend aus aktivistischen Vertretern der nationalsozialistischen Aera zusammen. Der Parteivorsitzende Dr. Borls, der sich an der Gründung der SRP führend beteiligt hatte und dem Vorstand als Mitglied von Anfang angehört, ist Mitglied der NSDAP von 1929 und ursprünglich Lehrer an der Schulungsburg Erwitte gewesen. Stellvertretender Parteivorsitzender ist seit der Gründung Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer, der durch sein Verhalten am 20.7.1944 sich als fanatischer Gefolgsmann des NS-Regimes erwiesen hat.

Als weitere Mitglieder gehören dem Vorstand noch Wolf Graf Westarp, Hannover, und Dr.Gerhard Krüger, Bitterode bei Hameln, an. Graf Westarp war früher Angehörigen der HJ und später der SS, nach 1945 hatte er sich an der Gründung der Deutschen Rechtspartei beteiligt. Dr. Krüger bekleidete in der ehem. NSDAP das Amt eines Reichsamtsleiters und war vor Scheel Führer des NS-Studentenbundes.

2. Die innere Organisation der SRP zeigt ebenfalls deutliche Merkmale, die dieser Partei den Charakter einer Nachfolgeorganisation der NSDAP geben. Die SRP ist organisatorisch nicht nach demokratischen

Der Kreisverband Dannenberg empfiehlt für den Aufbau der Fachschaft Sozialwesen u.a. folgendes: "Bewährte Formen der Vergangenheit - Deutsch Soziales Hilfswerk - Winterhilfe - Kinderlandverschickung Mutter und Kind - Schönheit der Arbeit u.ä. - sind Vorbilder beim Auf- und Ausbau dieses Referats in praktischer wie in verwaltungstechnischer Hinsicht." Es bedarf keiner Darlegung, daß in diesem Zusammenhang als Vergangenheit nur die Zeit des sog. Dritten Reiches gemeint ist.

Beweis: Vorlage der Arbeitsrichtlinien vom 15.1o.195o

3. In gleicher Weise wie die NSDAP hat die SRP Nebenorganisationen geschaffen. Als militante Organisation ist die nunmehr verbotene Reichsfront anzusprechen. Die Erfassung der Jugend soll durch die Reichsjugend erfolgen. Die Einführung der Frau in das politische Leben obliegt dem Frauenbund.

Die Reichsfront wurde im Jahre 195o gegründet und umfasste etwa 6 ooo Mitglieder. Sie hatte die Aufgabe die "Aktivbewegung" aller SRP-Mitglieder zu sein und unterstand "als Elite des Volkes" der Führung Remers. Jedes Mitglied der Reichsfront hatte "jederzeit bereit zu sein, für die Idee der SRP das Persönliche in zweiter Linie zu betrachten und vorbildliche Kameradschaft zu pflegen und höchste Einsatzbereitschaft zu üben". Der Reichsfront oblag die Unterstützung der politischen Arbeit durch aktiven Einsatz, durch Propagandaarbeit bei Kundgebungen, durch Versammlungsschutz, Sondereinsatz z.b.V., Vorbereitung der Versammlungen und körperliche Ertüchtigung. Alle diese Aufgaben kennzeichnen die Reichsfront als militante Organisation, deren nahe Verwandtschaft mit der SA offensichtlich ist. Die Reichsfront stellte in gleicher Weise wie die SA Anforderungen an die persönliche Eignung ihrer Mit-

ihrer Mitglieder, verlangte wie diese absolute Opferbereitschaft, den unbedingten persönlichen Einsatz und damit vorbehaltlosen Gehorsam. Auf diese Ziele der Reichsfront ist wiederholt in der Zeitschrift "Deutsche Wacht" insbesondere in Nr. 2 vom 4.2.1951 und in dem Rundschreiben des SRP - Landesverbandes Niedersachsen Nr. 1/51 hingewiesen worden.

Beweis: Vorlage dieser Veröffentlichungen.

Die Reichsjugend ist der HJ nachgebildet. Sie ist der "Dachbegriff für alle erfassten Jugendlichen". Die Angehörigen der Reichsjugend trugen eine einheitliche Uniform, einen Mannschaftsanzug. Die "Sommerkluft" besteht aus schwarzer Köperhose oder schwarzer Keilhose und aus einem olivgrünen Hemd, zu dem eine Armbinde mit Jugendabzeichen und ein Lederriemen getragen werden. Die Gleichheit der Uniformen der Reichsjugend und der HJ ist offensichtlich. Sie wird noch deutlicher, wenn man die Vorschrift für die "Winterkluft" betrachtet. Für diese ist eine dunkelblaue Schihose, dunkelblaue Schibluse und dunkelblaue Schimütze vorgesehen. Die offenbar gewollte Übereinstimmung von Reichsjugend und HJ tritt auch in der Wahl der Bezeichnungen für die Einheiten zutage. Auch diese sind weitgehend der HJ entnommen, wie die Bezeichnungen "Mädelbund, Jungmädelbund, Fähnlein, Jungzug, Jungenschaft, Gruppe, Schaar, Mädelschaft usw." ergeben. Sie sind in dem Rundschreiben der SRP-Parteileitung "Der Jugendreferent" vom 23.8.195o ausdrücklich vorgeschrieben.

Beweis: Rd.Schreiben der SRP-Parteileitung "Der Jugendreferent" vom 23.8.195o, das zu den Gerichtsakten überreicht wird.

Der SRP-Frauenbund

Der SRP-Frauenbund stellt nach seiner Zielsetzung ebenfalls eine Fortführung der NS-Frauenschaft dar. Der SRP-Frauenbund ist der Parteileitung in allen Beziehungen unterstellt; er soll die restlose Erfassung jeder Familie für die Ziele der SRP gewährleisten, sofern auch nur ein Angehöriger der Familie Mitglied der SRP ist. Nur mit dieser Maßgabe kann die Zielsetzung des Frauenbundes richtig erkannt werden, "alle Frauen, die deutsch empfinden, über alle Zonen und Ländergrenzen zu einer gesunden Einheitlichung zu sammeln", wie das Rundschreiben der SRP "Frauenbund" vom 23.8.1950 fordert.

4. Auch das Programm der SRP, das sich in Gedankengängen der NSDAP bewegt, kennzeichnet diese als Nachfolgeorganisation dieser Partei, wie sich im einzelnen aus folgendem ergibt.

Die staatspolitische Terminologie der SRP ist mit früheren nationalsozialistischen Begriffen identisch. Die SRP bekennt sich zum Reichsgedanken "in seinem geschichtlichen Raum". Mit diesem vagen unbestimmten Begriff wird die Wiederherstellung des Deutschen Reiches mit den von Hitler geschaffenen Grenzen als parteipolitisches Ziel erklärt. Die SRP erstrebt nach ihren eigenen Aussagen eine "vernünftige demokratische Gestaltung auf der Grundlage der Volksgemeinschaft, um damit der Parteimisswirtschaft ein Ende zu bereiten". Die SRP bezeichnet sich daher auch nicht als Partei sondern ähnlich wie die NSDAP als Volksbewegung. Damit wendet sie sich gegen den in Art. 21 GG aufgestellten Grundsatz, daß die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen. Diese Garantie des demokratischen Staatswesens wird von den Rednern der SRP bekämpft. Sie fordern statt dessen "das

Führerprinzip

Führerprinzip auf demokratischer Grundlage". Auf wirtschaftlich sozialem Gebiet wird ein nationaler Sozialismus gefordert, weil nur dieser geeignet sei, Deutschland wieder aufzubauen. Alle diese Forderungen werden im Parteiprogramm als grundlegende Aufgabe der SRP herausgestellt, die alle Deutschen zusammenführen will, soweit sie aus "innerster Verantwortung Ehre, Recht und Ordnung" wiederherstellen, "die Treue zum Reich, zum obersten Gesetz erheben wollen."

Im vollen Einklang mit den Gedankengängen der NSDAP fordert das Programm dazu auf, "die Willens- und Tatgemeinschaft aller Deutschen zur Steigerung unserer schöpferischen Kräfte und unserer Leistung" durch den Beitritt zur SRP zur Tat werden zu lassen. Wie die NSDAP bezeichnet auch die SRP jeden der sich ausserhalb der durch diese "Volksbewegung geformten Volksgemeinschaft" stellt, als einen Schädling. Die SRP stellt somit der eigenen Wertschätzung aller ihrer Mitglieder die Diffamierung aller derer gegenüber, die sich nicht vorbehaltlos zum Programm der SRP bekennen. Das Aktionsprogramm der SRP ist somit ein weiterer Beweis für die Identität der Ziele und Bestrebungen der SRP mit denen der NSDAP.

Beweis: Vorlage des Aktionsprogramms der SRP.

5. Man findet also eine weitgehende Übereinstimmung zwischen SRP und NSDAP sowohl im Hinblick auf die führenden Persönlichkeiten wie in der Organisation und im Programm der beiden Parteien. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß sich die Propaganda der SRP in nationalsozialistischen Gedankengängen ergeht. Sie bekennt sich ausdrücklich zu Programmsätzen und Schlagworten der NSDAP. Sie rechtfertigt diese und bemüht sich, sie wiederzubeleben.

Sehen die

Schon die Zusammensetzung des Rednerstabes der SRP bietet für diesen Umstand eine hinreichende Erklärung. In gleicher Weise wie der Parteivorstand setzt auch er sich aus ehemals aktivistischen Kreisen der NSDAP zusammen. Der SRP-Redner Kergel war SA-Brigadeführer. In der SRP bekleidet er das Amt des Kreisvorsitzenden von Uelzen. Der Redner Schubert war früher hauptamtlich in der NSDAP-Gauleitung Köln-Aachen tätig. Der Redner von Bothmer ist ehemaliger SA-Obersturmbannführer und Generalarbeitsführer. Hauptamtliche Arbeitsdienstführer waren ferner die SRP-Propagandisten Friedrich Fritsche und Hannes Kaiser. Die Redner Dr. Festge und Finke gehörten früher der SS an; Dr. Festge war Hauptsturmführer im Stabe des SS-Hauptamts und Finke SS-Obersturmbannführer im Sicherheitsdienst der SS.

Bei Finke handelt es sich im übrigen um ein Mitglied der NSDAP aus dem Jahre 1931. Werner Bänsch war früher Kreisleiter der NSDAP. Der SRP-Redner Dr. Richter war nach 1945 als Lehrer der ländlichen Schule in Luthe verwandt worden, musste aber aus dem Schuldienst entfernt werden, weil er die Kinder im nationalsozialistischen Geiste zu beeinflussen versuchte. Der SRP-Redner Vahldieck ist Parteigenosse von 1932 gewesen. In der politischen Geschichte Niedersachsens war er bereits vor 1933 bekannt, weil er als Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste im Jahre 1932 "die Stunde der Abrechnung mit den politischen Gegnern" angekündigt hatte und diesen androhte, daß sie "an den Galgen kommen müssten". Am 11.7.1951 hatte er im niedersächsischen Landtag erklärt, bereits im Dritten Reich die Verantwortung getragen zu haben und auch jetzt wieder zur Übernahme bereit zu sein. Der ehemalige Kreisleiter von Lübeck Reimann, hat sich ebenfalls der SRP angeschlossen

angeschlossen und für Reden zur Verfügung gestellt. Der Landesleiter der SRP Rheinland-Pfalz, Wilhelm Körper, ist Mitglied der NSDAP von 1926 und SS-Obersturmbannführer seit 1929 gewesen. Der SRP-Redner Hinsch hat bei den Wahlreden in Bremen im September 1951 sich gerühmt, SA-Führer gewesen zu sein. Auszüge und Auskünfte des Document Center können die vorerwähnten Angaben bestätigen.

6. Aus der Zusammensetzung des Personenkreises der SRP-Propagandisten wird verständlich, daß die Art der SRP-Propaganda, ihr Inhalt und ihre Zielsetzung mit den Vorstellungen der NSDAP weitgehend übereinstimmen. Männer, die jahrelang dem NS-Regime an entscheidender Stelle gedient haben, könnten nur nach innerer Wandlung und nach Erkenntnis der Fehler der politischen Vergangenheit sich den neuen politischen Tagesfragen vorbehaltlos widmen. Den Führern und Propagandisten der SRP, soweit sie ehemals aktive Nationalsozialisten waren, fehlt aber sowohl die innere Einkehr als auch die Erkenntnis der grundlegenden Fehler in der politischen Vergangenheit. Sie rücken nicht in ihrer Propaganda von dem Gedankengut der NSDAP ab, sondern sie bekennen sich noch heute hierzu.

Dass

Dass die Propaganda der SRP in nationalsozialistischen Gedankengängen befangen ist und sich zu Programmsätzen und Schlagworten der NSDAP bekennt, ergeben folgende Vorgänge:

a) Die äussere Gestaltung der Parteiveranstaltungen wird von der SRP denen der NSDAP nachgebildet. Alle Kundgebungen der SRP werden mit Marschmusik eröffnet, wobei der Fridericus-Rex-Marsch, der Badenweiler-Marsch und der Grosse Zapfenstreich bevorzugt werden. Die Versammlungsteilnehmer werden veranlasst, von der NSDAP bevorzugt oder geförderte Lieder zu singen, z.B. "Nur der Freiheit gehört unser Leben", "Durch Gross-Berlin marschieren wir" usw.. In dieser Weise wurden u.a. die Versammlungen in Tangendorf am 8.3.1951 (1) +), auf dem Dobruck bei Stade am 4.5.1951(2) und in Oldau am 8.6.1951(3) eingeleitet. Die Marschmusik soll eine chauvinistische Stimmung erregen und ein mystisch-nationalsozialistisches Fluidum verbreiten. Keine Versammlung wird geschlossen, ohne dass ein gemeinsames Lied gesungen wird, wie sich aus dem Ablauf der Versammlungen in Bassum am 27.1.1951(4), ferner in Alfeld am 3.4.51(5) und in Hameln am 16.1.1951(6) ergibt.

Beweis: 1. Zeugen 1 - 5, deren ladungsfähige Anschrift nachgereicht wird;
2. Tonbandaufnahme;
3. Zeuge Nr. 5;
4. Zeuge Nr. 6;
5. Zeuge Nr. 7;
6. Zeuge Nr. 8.

Neben dem Absingen nationalsozialistischer Lieder pflegen die Funktionäre und die Mitglieder der SRP auch sonstige nationalsozialistische Bräuche wieder aufzunehmen. Beim Spielen des Badenweiler Marsches zum Deutschen Tag in Rahden, Krs. Lübbecke, am 10.6.1951 nahmen Remer und die anwesenden Männer Grundstellung ein und erwiesen unter Heilrufen den "Deutschen Gruss".

Beweis: Zeugen Nr. 9 und 10.

+) Die eingeklammerten Zahlen kennzeichnen die nachfolgenden entsprechenden Beweisangebote.

b)

b) Die nationalsozialistische Vergangenheit wird von den SRP-Rednern immer wieder verherrlicht. So hat der Propagandaredner Festge am 16.1.1951 in Hameln(1) die Heldentaten der SS während des Krieges besonders hervorgehoben und den Nationalsozialismus als die "einzig positive Idee einer gesamteuropäischen Neuordnung" gepriesen. Der Redner v. Bothmer hat am 26.11.1950 in Königslutter(2) und am 28.11.1950 in Braunschweig(3) die Behauptung verbreitet, "es wäre um Deutschland besser bestellt, wenn wir heute wieder einen Mann wie Adolf Hitler hätten". Der Redner Ackermann bekannte am 20.11.1950 auf einer Versammlung in Grossgleidingen sich erneut zu Adolf Hitler mit den Worten: "Adolf Hitler war nicht der schlechteste Deutsche."

Beweis: 1. Zeuge Nr. 8;
2. Zeugen Nr. 11 und 12;
3. Zeugen Nr. 13 und 14.

c) Zur nationalsozialistischen Staatsauffassung bekennen sich die SRP-Redner in jeder Versammlung. So hat Remer am 15.3.1951 auf einer Versammlung in Braunschweig-Melverode(1) für die Partei erklärt: "Die SRP fordere das Führerprinzip auf demokratischer Grundlage" - "Nur ein nationaler Sozialismus ist geeignet, Deutschland wieder aufzubauen. Wir bekennen uns zu diesem nationalen Sozialismus." Auf einer späteren Versammlung am 29.4.1951 in Diepholz(2) vertrat er die gleiche Auffassung und bekannte sich dort zu dem "nationalen, völkisch ausgerichteten Sozialismus."

Beweis: 1. Zeugen Nr. 15 und 16;
2. Zeugen Nr. 17 und 18.

In klarer Form trat Remer für das dem Nationalsozialismus entsprechende Staatsideal ein, als er am 14.2.1951 in Aurich bekanntgab, dass die SRP ein "Führungs- und Autoritätsprinzip" zur Grundlage ihrer Staatsauffassung mache.

Beweis: Zeugen Nr. 19 - 22.

d)

d) Zum Nationalsozialismus bekennen sich die Redner in den SRP-Wahlversammlungen offen und richten auch an die Zuhörer die Aufforderung, sich in gleicher Weise zu bekennen. So hat Remer am 15.3.1951 auf der bereits erwähnten Versammlung in Braunschweig-Melverode[1] erklärt: "Ich verbitte es mir, mich Nazi zu nennen. Ich war, ich bin und bleibe Nationalsozialist." In gleicher Weise äusserte sich der SRP-Redner Recknagel am 18.3.1951 auf einer Versammlung in Filsum, Krs. Leer[2], in der er an die Versammlung die Aufforderung richtete: "Bleibe was Du bist, Nationalsozialist! Nein, werde Nationalsozialist." Dieser Ausspruch hat umso grössere Bedeutung, weil Recknagel der Versammlung zuvor folgenden Vers vorgetragen hatte:

"Wählst Du CDU, wirst Du Soldat im Nu,
Wählst Du Sozialdemokrat, wirst Du auch Soldat,
Wählst Du Kommunist, wirst Du Volkspolizist,
Darum bleibe was Du bist, Nationalsozialist."

Der SRP-Redner Ackermann gebrauchte fast die gleichen Worte wie Remer, als er in der öffentlichen Versammlung vom 20.11.1950 in Gross-Gleidingen[3] verkündete: "Wir sind Nationalsozialisten gewesen, wir sind es noch heute und wir werden Nationalsozialisten bleiben." Als die stärkste Form des persönlichen Bekenntnisses der SRP-Propagandisten und der Wähler dieser Parteien zum Nationalsozialismus muss angesehen werden, wenn Remer unter dem Beifall der Versammlungsteilnehmer am 8.3.1951 in Tangendorf[4] erklärte, dass die von der SRP für die Landtagswahlen aufgestellten Kandidaten in folgender Weise den Wählern empfohlen werden können: "Wir haben sehr viele, die besten, ja die allerbesten Nationalsozialisten aufgestellt."

Beweis: 1. Zeugen Nr. 15 und 16;
2. Zeugen Nr. 23 - 25;
3. Zeugen Nr. 13 und 14;
4. Zeugen Nr. 1 - 5.

Noch in jüngster Zeit hat der SRP-Redner Hinsch, ein ehemaliger SA-Oberführer, im September 1951 auf einer

einer Wahlversammlung in Bremen erklärt: "Ich bekenne mich dazu, dass ich Nationalsozialist aus innerster, gläubiger Überzeugung bin."

Beweis: Tonbandaufnahme.

e) Das vorbehaltlose Eintreten der SRP für die Auffassung der NSDAP und ihrer Vertreter ergibt sich auch aus der Haltung, die die SRP anlässlich der Vollstreckung der letzten Nürnberger Urteile eingenommen hat. Die SRP-Redner erklärten auf den Versammlungen am 6.7.1951 in Köln, Restaurant Tazzelwurm[1], und am 11.6.1951 in Stuttgart[2], dass die Hingerichteten "Kameraden der SRP" seien, sie seien die "sieben grossen deutschen Männer". Bei der Beisetzung der Hingerichteten wurden Kränze mit schwarz-weisser Schleife niedergelegt, auf der die Widmung stand: "Ihren toten Kameraden, die SRP."

Beweis: 1. Zeugen Nr. 26 - 32;
2. Zeuge Nr. 33.

f) Dass die Propaganda der SRP die Identität mit der NSDAP selbst zugibt, folgt aus einer Erklärung, die SRP-Redner v. Rothmer im März 1951 auf einer Versammlung in Uelzen mit folgenden Worten abgab: "Die SRP hat sozusagen die gleiche Blutgruppe wie die NSDAP."

Beweis: Zeugen Nr. 34 - 38.

g) Bei dieser Gestaltung der Propaganda der SRP wird neben der Nachahmung nationalsozialistischer Formen und der Bezugnahme auf nationalsozialistische Vorbilder auch das sonstige Gedankengut der NSDAP verwertet.

Der Redner Schubert hat auf einer SRP-Kundgebung in Köln, Restaurant Tazzelwurm[1], am 6.7.1951 erklärt: "Gut ist, was Deutschland nützt, schlecht ist, was Deutschland schadet." In den Richtlinien[2] über die Aufgaben der Reichsfront steht der dem Gedankengut der NSDAP wörtlich entnommene Satz: "Ich bin nichts, mein Volk ist alles." Zu dem Programmsatz der NSDAP "Gemeinnutz

geht

geht vor Eigennutz" bekennt sich die SRP in dem Schulungsbrief Nr. 1 des Kreisverbandes Dannenberg[3], auch Remer betonte auf der Versammlung in Oldendorf, Krs. Melle[4]: "Es gilt wieder den Grundsatz des Nationalsozialismus in dieser Zeit zu formen: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Er ist auch heute noch richtig am Platz."

Beweis: 1. Zeugen Nr. 26 - 32;
2. Rd.-Schreiben des Landesverbandes Niedersachsen Nr. 5/51, das zu den Gerichtsakten überreicht wird;
3. Schulungsbrief Nr. 1 des SRP-Kreisverbandes Dannenberg;
4. Zeugen Nr. 39 - 42.

7.) Die Propaganda der SRP bekennt sich aber nicht nur zu den Begriffen, Vorstellungen und Methoden der NSDAP sondern sie benutzt dieses Gedankengut auch in ständig steigendem Masse, um die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Die gesamte Werbe- und Propagandatätigkeit zielt darauf ab, die demokratische Grundordnung als nicht rechtmässig darzustellen, sie zu diffamieren, wie auch immer es möglich ist, und ihre Beeinträchtigung und Beseitigung als erstrebenswertes, wenn nicht sogar notwendiges Ziel in den Augen der Versammlungsteilnehmer darzustellen.

a) In der SRP-Versammlung wird ständig die Auffassung verbreitet, dass der Bundesrepublik die staatsrechtliche Grundlage fehle. Da 1945 nur die Wehrmacht bedingungslos kapituliert habe, sei die Regierung Dönitz noch heute rechtmässig im Amt. Diese Auffassung verkündete der SRP-Redner Buchsch am 16.1o.195o in Obersykte[1] und der SRP-Redner Schubert am 6.7.1951 auf der SRP-Versammlung in Köln, Zülpicher Strasse[2], und ferner Remer in Oldendorf Krs. Melle[3], am 29.3.1951 sowie in Lüneburg[4] am 28.8.195o.

Beweis: 1. Zeuge Nr. 43;
2. Zeugen Nr. 26 - 32;
3. Zeugen Nr. 39 - 42;
4. Zeugen Nr. 1o7 - 1o9.

b)

b) Die Bildung der Bundesrepublik wird von der SRP-Propaganda als Ursache dafür hingestellt, dass heute die Zonengrenze gleichsam zu einer Staatsgrenze innerhalb des Deutschen Reiches geworden sei.

Die Vorwürfe in dieser Beziehung werden wie folgt formuliert: "Die Ausverkäufer, die seinerzeit sich im Parlamentarischen Rat in Bonn ein unrühmliches Stelldichein gegeben haben, haben die Westdeutsche Bundesrepublik ins Leben gerufen und damit den Gedanken des Deutscher Reiches völkerrechtlich preisgegeben." Diese Behauptung stellte Remer in den SRP-Versammlungen zu Oldendorf[1] am 21.3.1951, in Herzberg/Harz[2] am 16.3.1951 und auf dem Dobruck[3] bei Stade am 4.5.1951 auf. Remer machte sich damit die Behauptungen der übrigen SRP-Propagandisten insbesondere des Dr. Doris zu eigen, die die Angehörigen des Parlamentarischen Rates als Landesverräter bezeichnen.

Beweis: 1. Zeugen Nr. 39 - 42;
2. Zeugen Nr. 43 - 46;
3. Tonbandaufnahme.

Auf einer Versammlung in Königslutter[1] am 26.11.195o nannte der SRP-Redner v. Bothmer die Gründung der Bundesrepublik "einen grundlegenden Fehler", er führte in diesem Zusammenhang weiter aus: "Ihr folgte unverzüglich die Gründung der Volksrepublik im Osten. Und wenn bisher durch die Vierteilung der Besatzungsmächte immerhin noch ein Zusammenhang bestand, so hat sich durch die Gründung der Bundesrepublik der Riss zu einem unüberwindlichen Graben vertieft." Remer hatte bereits vorher am 9.1o.195o in Söllingen[2] die gleiche Auffassung verkündet und ausgeführt: "Durch die Gründung der Westdeutschen Bundesrepublik hatte man selbst dies Deutsche Reich zerschlagen." Zur gleichen Auffassung bekannte er sich in Bleckede[3] am 9.3.1951 und gab dort dem Parlamentarischen Rat die Schuld an der Entwicklung.

Beweis: 1. Zeugen Nr. 11 und 12;
2. Zeugen Nr. 47 - 51;
3. Zeugen Nr. 52 und 53.

Die gleichen Behauptungen verbreitete Remer auf der Versammlung in Lebenstedt am 1o.1.1951.

Beweis:

Beweis: Zeugen Nr. 54 bis 56

c) Während mit den vorstehenden Behauptungen den Organen, die das Grundgesetz vorbereitet oder beschlossen haben, schwere staatsrechtliche Vorwürfe gemacht werden, verkündet die SRP-Propaganda, daß sie den Kampf "auf die Errichtung eines Großdeutschen Reiches auf völkischer Grundlage" abstelle, wie der SRP-Redner Schubert auf der Versammlung am 6.7.1951 in Köln(1) verkündete; auch Remer stellte dieses Ziel in der Versammlung zu Wolfenbüttel(2) am 8.1.1951 heraus.

Beweis: 1. Zeugen Nr. 26 bis 32.
2. Zeugen Nr. 57 bis 60.

d) Die Zustände innerhalb der Bundesrepublik werden von der SRP-Propaganda stets aufs Schärfste kritisiert und diffamiert.

Die Redner der SRP bestreiten, daß in der Bundesrepublik eine demokratische Ordnung herrsche. Dr. Dorls hat in dem SRP-Blatt "Deutsche Wacht" am 25.3.1951 von einem Mißbrauch der grundlegenden demokratischen Begriffe gesprochen und hierzu folgendes ausgeführt: "Frieden und Freiheit sind erstrebenswerte Güter; wenn aber Grotewohl oder Ulbricht oder deren Meister Josef Stalin von Frieden und Freiheit reden, dann bekommen diese beiden Begriffe einen ganz bestimmten politischen Beigeschmack. Wenn der politische Westen dann als Antwort seine ideologischen Vorstellungswelten formuliert und sie auf deutschem Boden durch Bonn propagieren läßt, dann gilt für Bonn dasselbe wie für Ulbricht, Pieck und Grotewohl. In Wirklichkeit also bei beiden Seiten nichts anderes, als die moralische Korrumpierung an und für sich wertvoller Begriffe im Dienste außerdeutscher und sogar außereuropäischer Mächte zu deren politischen Zwecken."

Beweis: "Deutsche Wacht" Nr. 5 vom 25.3.1951, die zu den Gerichtsakten überreicht wird.

Ständig betont die SRP-Propaganda, daß die Regierung ausländischen Mächten diene.

Remer hat in Wolfenbüttel(1) am 8.1.1951, in Oldendorf(2) am 29.3.1951 und in Asendorf(3) am 26.1.1951 sowie in Aurich(4) am 14.2.1951 und in Lebenstedt(5) am 10.1.1951 in Übereinstimmung mit Dr. Richter am 1.4.1951 in Helmstedt(5) und Dr. Dorls am 26.11.1950 in Schöningen(6) behauptet: "Was Wilhelm Pieck III. macht, ist nichts anderes als ein Befehlsempfang von Moskau. Das Gleiche geschieht hier im Westen, wenn auch um 180° entgegengesetzt mit Dr. Adenauer an der Spitze."

Beweis: 1. Zeugen Nr. 57 und 59
2. Zeugen Nr. 39 bis 42
3. Zeugen Nr. 61 bis 64
4. Zeugen Nr. 19 bis 22
5. Zeugen Nr. 54 bis 56
6. Zeugen Nr. 65 bis 66.

Da die SRP-Propaganda die Regierungsmitglieder der Ostzone stets als Landesverräter bezeichnet, erhebt sie durch die Gleichstellung der Bundesregierung mit der Regierung der Ostzone denselben Vorwurf gegen die Bundesregierung. In dieser Beziehung sprach sich Remer am 8.3.1951 in Tangendorf(1) eindeutig aus: "Die Bonner Bundesregierung ist um keinen Deut besser als etwa Herr Dertinger, der Außenminister der Ostzone." Den gleichen Vorwurf erhob Remer in Hannover-Döhren(2) am 2.5.1951.

Beweis: 1. Zeugen Nr. 1 bis 5
2. Zeuge Nr. 68.

Eine Zusammenfassung dieser Auffassungen stellen die Ausführungen des SRP-Redners Kern dar, der am 22.9.1950 in Hannover erklärte: "Ebenso wenig wie die Bundesrepublik westlicher Prägung eine Demokratie genannt werden könne, ist auch die deutsch-demokratische Moskau-Republik eine Demokratie."

Beweis: Zeuge Nr. 68

e.) Die SRP-Propaganda trachtet auch sonst ständig danach, die Einrichtungen der Bundesrepublik, die verfassungsmäßigen Parteien und ihre führenden Politiker verächtlich zu machen. Ständig verunglimpft die

SRP-Propaganda

SRP-Propaganda die Ausdrücke "Erschöpfungspolitiker, Landesverräter, Schwächlinge, Nutznießer der Niederlage, Knechte des Auslandes" usw., um die Regierung und die Politiker der Parteien zu charakterisieren.

a) Remer diffamierte am 18.12.1950 in Fümmelse[1] die Mitglieder des Bundestages mit der Behauptung, "sämtliche Abgeordnete haben kein Ehrgefühl." In Söllingen[2] erklärte er am 9.10.1950: "Man hat seit 1945 Millionen Menschen in Not und Elend gebracht, Erschöpfungspolitiker, Emigranten u.ä. Leute - eine kleine Minderheit- regieren uns heute." Die gleiche Behauptung wiederholte er fast wörtlich am 8.1.1951 in Wolfenbüttel[3], am 22.2.1951 in Dissen[4] und am 27.11.50 in Marienhafe[5]

Beweis: 1. Zeugen Nr. 69 bis 71
2. Zeugen Nr. 47 bis 51
3. Zeugen Nr. 57 bis 60
4. Zeugen Nr. 72 und 73
5. Zeugen Nr. 74 bis 79.

Im gleichen Sinne ist seine Behauptung zu verstehen, die er am 23.2.1951 in Dissen[1] und am 9.3.51 in Bleckede[2] verbreitete: "Der Club der 75-Jährigen in Bonn redete wie Omas Gramophon aus der Rumpelkammer. Den Tattergreisen fehlt der Mut." Er gab damit sinngemäß den gleichen Gedanken wieder, den er bereits am 8.1.1951 in Wolfenbüttel[3] verbreitet hatte: "Hier waren die Alten der Weimarer Zeit, die schon damals restlos versagt hatten, und sie sprechen, als wenn Großmama eine alte Gramophonplatte hervorgeholt hätte." Remer hatte im übrigen in seiner Propagandarede vom 22.2.1951 in Dissen[4] die führenden Politiker als "Knechte des Auslandes, Erschöpfungspolitiker, Nutznießer der Niederlage, den Club der 75-Jährigen" bezeichnet. Einen stärkeren Grad der Diffamierung brachte der SRP-Redner Knoke seinen Zuhörern in der Versammlung am 6.4.1951 in Hage[5] zur Kenntnis und zwar mit den Worten: "Umsonst haben wir nicht geblutet,

dass

dass Verräter und Hochstapler als Bundestagsabgeordnete tätig sind. Die Dauerschläfer von Bonn werden sich noch einmal umsehen." Auf eigenartige Weise versuchte v. Bothmer am 26.11.1950 in Königslutter[6] den Bundestag durch die sachlich in keiner Weise begründete Prophezeiung zu diffamieren: "Kürzlich feierte der Bundestag seinen ersten Geburtstag, aber sie ahnten wahrscheinlich, daß sie ihren zweiten Geburtstag nicht mehr erleben würden."

Beweis: 1. Zeugen Nr. 72 und 73
2. Zeugen Nr. 52 und 53
3. Zeugen Nr. 57 und 59
4. Zeugen Nr. 72 und 73
5. Zeugen Nr. 80 und 81
6. Zeugen Nr. 11 und 12.

Die SRP-Propaganda zielt auch ferner darauf ab, den Bundestagsabgeordneten auch jeden sonstigen moralischen Wert abzusprechen. Der SRP-Redner Druck beschuldigte am 21.3.1951 in Königslutter[1] die Abgeordneten, daß sie "leichtfertig die Groschen, die den Ärmsten des Landes vorenthalten werden", verzehren. In dem gleichen Ort hat zuvor der SRP-Redner Kaiser die Behauptung aufgestellt, "Falschmünzer und Falschspieler führen die Politik in der Bundesrepublik." Der SRP-Redner Fritsche erging sich am 6.4.1951 in Pevestorf, Krs. Dannenberg[2], in weiteren Beschimpfungen und bezeichnete den Bundestag und die Bundesregierung als aus "Verbrechern und Landesverrätern bestehend."

Beweis: 1. Zeugen Nr. 11 und 12
2. Zeugen Nr. 82 bis 84

Dem Bundestag wird auch die Berechtigung abgesprochen, sich zu den Problemen des Tages, insbesondere zur Frage eines Beitrags zur Westverteidigung zu äußern. In diesem Zusammenhang behauptet der SRP-Redner Kaiser am 15.3.1951 in Offleben[1], daß "nachweislich von sämtlichen Mitgliedern des Bundestags während des 2. Weltkrieges nur 12% die Uniform getragen haben. Damit ist der Bundestag klassifiziert..... Bei den heutigen

Problemen

Problemen muß man jedoch handeln wie Frontoffiziere und nicht wie Etappenschweine." Zu dem gleichen Standpunkt bekannte sich der SRP-Redner Haas auf einer Versammlung in Hannover (2) am 23.11.1950 mit den Worten: "Nur 12% von ihnen (den Bundestagsabgeordneten) sind Kriegsteilnehmer bezw. Frontsoldaten gewesen. Und wo waren sie im letzten Krieg? Doch höchstens nur bei einem Troß oder noch weiter rückwärts. Man kann von diesen Männern einfach nicht verlangen, daß sie die wichtigen Probleme für das deutsche Volk in Angriff nehmen oder sogar durchführen." Die gleiche Äußerung verbreitete von Bothmer am 25.11. 1950 in Königslutter (3), während er am 3.2.1951 sich für berechtigt hielt, in Boffzen (4) zu behaupten, "25% der Abgeordneten des Bundestags haben Geschenke angenommen".

Beweis: 1. Zeuge Nr. 85
2. " " 68
3. " " 11 und 12
4. " " 86 und 87

b) Gegen den Bestand der Parteien führt die SRP ebenfalls ihren ständigen Propagandakrieg. Der SRP-Redner Dr. Richter nannte in Hameln (1) am 16.1.1951 die SPD die Nutznießer des Zusammenbruchs und der verflossenen Systemzeit. In Helmstedt (2) warf er ihnen am 1.4.1951 Verrat am Volke vor, da die Parteien "nur eine Lizenz erhalten haben, weil sie die ehemaligen Angehörigen des Naziregimes denunziert hatten."

Beweis: 1. Zeuge Nr. 8
2. " " 65 und 66.

Allgemeine Anschuldigungen erhob der SRP-Redner Baensch am 12.10.50 in Marcherode gegen die Parteien, indem er ausführte: "Die SRP verlangt, daß Männer, die den Glauben an Deutschland haben, sauber und unbestechlich sind und nur solche an der Spitze stehen, die vom Volk nicht mehr verlangen, als es leisten kann. Nicht solche, die ihre Koffer packen und dann emigrieren. Mit den Trägern des

des heutigen Systems und den Zwischenträgern werden wir schon umzugehen verstehen."

Beweis: Zeugen Nr. 88 und 89.

c) Gegen die Bundesregierung werden durchweg die gleichen Beschuldigungen erhoben wie gegen die Abgeordneten. So nannte der SRP-Redner Druck am 21.3.1951 in Königslutter (1) die Regierungsmitglieder "Leichtfertig". Er behauptete, daß auch die Regierungsmitglieder die Groschen leichtfertig verzehren, die den Ärmsten des Landes vorenthalten werden. Der SRP-Redner Fritsche beschimpfte am 6.4.1951 in Pevestorf (2) die Regierung als aus Verbrechern und Landesverrätern bestehend.

Beweis: 1. Zeugen Nr. 11 und 12
2. " " 82 bis 84

Um der Bundesregierung den Vorwurf "leichtfertiger und verantwortungsloser Politik" zu machen, behauptete die SRP-Propaganda, daß die Bundesregierung im Ernstfall ihre Flucht betreiben werde. Remer warf am 10.11.1950 in Soltau (1) der Bundesregierung vor, bereits Ausweichquartiere in London vorbereitet zu haben. v. Bothmer ver-breitete die gleiche Auffassung am 5.2.1951 in Boffzen (2) mit den Worten: "Ich habe gehört, daß im Ernstfall die Bonner Regierung eine Übersiedlung nach London in Erwägung zieht. Ich vertrete den Standpunkt, daß eine Regierung im Kriege die Nöte und Leiden mit dem Volke teilen muß". Am 8.1.51 wiederholte Remer in Wolfenbüttel (3) seine Behauptung, daß die Bundesregierung sich Quartiere in London beschafft habe, wohin sie nach einem Angriff der Russen flüchten würde. Obwohl v. Bothmer wegen dieser Behauptungen bestraft worden war, nahm er in einer Versammlung in Schöppenstedt (4) am 13.8.51 den Gedanken erneut auf und führte aus, "es hätt' nie einen König oder irgendeinen Führer gegeben, der alle Vorbereitungen getroffen habe, um im Notfall sein Volk verlassen zu können. Die Bonner Bundesregierung stehe jedoch nicht zu diesem Gedanken. Auf einem Flugplatz bei Bonn stünden

ständen 16 Flugzeuge zur Flucht für die Regierung startbereit."

Beweis: 1. Zeuge Nr. 90
2. " " 86 und 87
3. " " 57 - 60
4. Pol.Wachtm. Hagedorn, Wolfenbüttel.

Remer hatte im übrigen auch in der Versammlung in Pümmelse am 18.12.50 seiner Überzeugung Ausdruck gegeben; "dass hohe deutsche Politiker ihre Koffer zur Flucht gepackt hätten."

Beweis: Zeugen Nr. 69 bis 71.

9 a) Die Bestrebungen der Bundesregierung, eine positive Stellungnahme zur Verteidigung Westeuropas einzunehmen, werden ebenfalls von der SRP-Propaganda mit allen Mitteln diffamiert. Am 16.10.50 griff Baensch in Ober-Eyckte(1) diese Pläne mit folgenden Worten an: "Schäffer hat die finanzielle Hilfe Westdeutschlands zur Verteidigung Westeuropas den Westmächten angeboten. So etwas war früher Hoch- und Landesverrat geheißen". Eine ähnliche Einstellung legte v. Bothmer am 15.11.1950 in Königslutter (2) zu Tage, als er ausführte: "Wer unter den heutigen Umständen mit den Alliierten verhandelt und deutsches Blut anbietet, der ist in meinen Augen ein Landesverräter." Am 22.2.1951 ließ die SRP in Hamburg(3) Flugblätter mit der Überschrift verteilen: "Volksverräter unter uns." In diesem Flugblatt wurde die Nachricht verbreitet "Die Bundesregierung ist bereit, unsere Männer dem Dollar zu verkaufen. Die SPD ist bereit, den deutschen Arbeiter an einen Funktionär-Klüngel zu verraten. Gemeinsam reiten Monopolparteien und Nutznießer der Niederlage das deutsche Volk in die endlose Katastrophe".

Beweis: 1. Zeugen Nr. 43
2. " " 11 und 12
3. Akten der Staatsanwaltschaft Hamburg - 14 Js 2549/51 -

b) Diesen Bestrebungen verspricht die SRP in ihrer Weise zu begegnen. Die Vorstellung, die sie von

von ihrem Vorgehen hat, werden durch 2 Äußerungen Remers klargestellt. In der Versammlung vom 10.11.1950 in Soltau vertrat er die folgende Auffassung: "Es sei den Offizieren des Dritten Reiches immer zum Vorwurf gemacht worden, sie hätten Hitler nicht rechtzeitig umgebracht. Um nicht noch einmal schuldig zu werden, müssen wir nach Bonn und unsere Pflicht tun." In Marienhafe erklärte er am 27.11.1950 die Ablehnung für jeden Beitrag zur Verteidigung Westeuropas, weil diese aussichtslos sei. Er führte damals aus, "es bleibt uns jetzt tatsächlich nichts anderes übrig, als dem Russen als Verkehrspolizei zu dienen, damit er sich möglichst schnell nach dem Westen begeben kann."

Beweis: 1. Zeuge Nr. 90
Akten der Staatsanwaltschaft Lüneburg 14 P Js 66/50
2. Zeugen Nr. 74 bis 79.

c) Der Vorwurf des Landesverrats wird von Remer wegen des Verteidigungsbeitrags auch noch in der letzten Zeit aufrecht erhalten. Am 28.9.1951 gewährte Remer dem Journalisten Wichmann ein Interview und erklärte auf die Frage, welche Stellung Remer zu einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag einnehme, folgendes: "Die Bonner Regierung betreibt Verrat an Deutschland, indem sie uns den Amerikanern anbietet. Sie betreibt einen schändlichen Verrat an Deutschland."

Beweis: 1. Tonbandaufnahme
2. Zeuge Journalist Günther Wichmann Bremen, Parkallee 199.

d) Den Generalen, die in einer westlichen Armee zu kämpfen sich bereit finden würden, kündigte Remer an, sie so schlecht zu machen, daß kein Hund einen Knochen von ihnen annehmen wird. Diese Ausdrücke gebrauchte er am 8.3.1951 in Tangendorf(1), am 1.6.1951 in Hersberg/Hars(2) und am 29.3.1951 in Oldendorf(3).

Beweis:

Beweis: 1. Zeugen Nr. 1 - 5
2. " " 44 - 46
3. " " 39 - 42.

e) Die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht bezw. die Ausführung von Gesetzen und Verordnungen der Besatzungsmächte wird ebenfalls diffamiert. Dr. Richter drohte am 16.1.1951 in Hameln folgendes an: "Jeder Deutsche, der für die Einhaltung solcher Erlasse gesorgt oder bei der Durchführung der Rechtsansprüche geholfen hat, wird sich eines Tages ebenfalls vor einem Gericht zu verantworten haben."

Beweis: Zeuge Nr. 8

10a) Daß die Propaganda der SRP bei ihrer Betonung des Führerprinzips und der autoritären Staatsform, die bestehende Demokratie mit allen Mitteln bekämpft, beweisen zahlreiche Vorgänge. Die Propaganda der SRP spricht nur von einer "Demokratie in der uns aufgezwungenen westlichen Form" oder von einer "Formaldemokratie", wie es Festge am 11.4.1951 in Braunschweig[1] ausgedrückt hat. Die Reichszeitung[2] vom 4.7.1950 bedient sich auf Seite 1 ebenfalls der gleichen Begriffe. Remer glaubte sogar die Demokratie der bestehenden Staatsform in Lebenstedt[3] am 10.1.1951 und in Tangendorf[4] am 8.3.1951 als "Pöbelherrschaft" bezeichnen zu müssen.

Beweis: 1. Zeugen Nr. 34 - 37
2. Vorlage der Reichszeitung v. 4.7.1950.
3. Zeugen Nr. 54 - 56
4. Zeugen Nr. 1 - 5.

b) Dr. Krüger leugnete am 2.3.1951 in Marienhafe[1] den Bestand einer demokratischen Ordnung mit folgenden Worten: "Wir müssen aber feststellen, daß von einer Freiheit im Westen keine Rede sein kann. . . . . Sehen wir uns das Grundgesetz an, es wurde geschaffen, um die Besatzungsmacht zu schützen. Dies ist ein verhängnisvoller Schritt gewesen, der nicht notwendig war." Remer führte am 8.3.1951 in Tangendorf[2] aus: "Die Demokratie, die wir gestalten wollen, soll deutsch sein. Eine Demokratie

kratie, in der man Widerstandskämpfer sein muß, um Posten zu bekommen, ist keine Demokratie im Sinne einer Volksherrschaft, vielmehr eine Pöbelherrschaft, die wir 100%ig ablehnen." Die gleiche Ansicht vertrat er in Herzberg/Harz[3] am 16.3.1951.

Beweis: 1. Zeugen Nr. 80
2. " " 1 - 5
3. " " 44 - 46.

c) Diesen Diffamierungen der Demokratie stellt die Propaganda der SRP den Begriff der "deutschen Demokratie" mit Führungsprinzip gegenüber. Bereits im Aktionsprogramm der SRP wird hierüber folgendes gesagt: "Die notwendige Sammlung aller wahrhaft deutsch gesinnten Männer und Frauen wird nicht durch Zusammenschluß verschiedener Richtungen angestrebt sondern durch kämpferisches Bekenntnis und Verpflichtung auf ein klares Programm." Wie sich dieses Programm darstellt, wird von den Propagandarednern erläutert. v. Bothmer erklärte am 6.4.1951 in Goslar,[1] daß für die künftige Regierung zwar eine Opposition zugelassen werden solle, diese soll aber voll verantwortlich handeln. Man könne sich daher ruhig die NSDAP als Vorbild nehmen. Remer erklärte den Begriff der deutschen Demokratie am 15.3.1951 in Braunschweig-Melverode[2] mit folgenden Worten:
"Die SRP fördert das Führerprinzip auf demokratischer Basis." Und am 3.4.1951 in Alfeld:[3] "Wir wollen eine Evolution herausgestellt wissen, die das gesunde Gedankengut des Nationalsozialismus in einer vernünftigen demokratischen Form zur Geltung bringt."

Beweis: 1. Zeugen Nr. 92 und 93
2. " Nr. 15 und 16
3. " Nr. 7

d) Daß in diesem Zusammenhang von den SRP-Propagandisten als Vorbilder und Träger grosser politischer Ideen des 20.Jahrh. die Namen Antonescu, Kemal Atatürk, Musert, Mussolini, Franco, Mosley, Pilsudski und Hitler genannt werden, entspricht der oben aufgezeigten Grundeinstellung der SRP. Der stellv. SRP-Parteivorsitzende Remer hat die eben angeführten Namen auf den Versammlungen in Pümmelse[1] am 18.12.50 und in Wolfenbüttel[2] am

am
?.1.51 gepriesen.
Beweis: 1. Zeugen Nr. 69 bis 71
2. " " 57 und 59.

11.) Nicht nur die Einrichtungen des Staates und die Parteien werden von der SRP-Propaganda bekämpft, sondern es werden auch Beschuldigungen gegen einzelne politische Persönlichkeiten erhoben. Diese sollen durch die Angriffe diffamiert werden, damit die Bevölkerung irregeleitet wird und ihr Vertrauen zur politischen Führung erschüttert ist.

a) Die schärfsten Angriffe werden gegen den Bundeskanzler erhoben. So bezeichnet der SRP-Redner Ackermann am 16.3.1951 den Bundeskanzler auf einer Versammlung in Semmenstedt(1) als einen "wahnwitzigen Politiker". v.Bothmer behauptete in Braunschweig (2) am 28.11.1950: "Herrn Adenauer fehlt das Rückgrad. Ob das eine Alterserscheinung oder Charakterschwäche ist, weiß ich nicht." Der SRP-Redner Kever erhob in Stade(3) am 16.8.1950 den Vorwurf der Verschwendung öffentlicher Mittel mit folgenden Worten gegen den Bundeskanzler: "Der sogenannte Bundespräsident Heuß und Konrad der Kühne fahren mit den Steuergroschen des Volkes in teure Luxusbäder, um sich zu amüsieren, derweil die Arbeitslosen verhungern müssen."
Beweis: 1. Zeugen Nr. 94 und 95
2. " " 34 bis 37 und 96
3. " " 97 bis 99

b) In der Saarfrage diffamierte die SRP den Bundeskanzler in folgender Weise. v. Bothmer verbreitete in Peffzen(1) am 5.2.1951 die Behauptung: "Konrad der Kühne hat im Westen Land verschenkt. Darauf hat Wilhelm III. im Osten gesagt: "Was Du kannst, kann ich auch". Der Redner wollte mit dieser Behauptung das Verhalten der Ostzonen-Politiker in der Oder-Neiße-Frage mit der Behandlung des Saarproblems gleichstellen. Zu einer ähnlichen Auffassung entschloß sich Remer in seinen Ausführungen am 29.3.1951 in Oldendorf(2), wo er verbreitete, daß der Westen das Saargebiet abgeschrieben habe. Zuvor am 16.3.1951 hatte Remer in Herzberg (3) behauptet, daß die Stellung der Bundesregierung zur Saarfrage mit der

der
Haltung des ostzonalen Aussenministers Dertinger gleichzustellen sei. Am 2.4.1951 führte Remer in Hannover - Döhren(4) aus, daß der ostzonale Aussenminister Dertinger und der Ministerpräsident des Saargebietes Hoffmann "Landesverräter sind, wie Adenauer auch".
Beweis: 1. Zeugen Nr. 86 und 87
2. " " 39 bis 42
3. " " 44 bis 46
4. " " 68.

c) Die Personen, die in der Zeit des Dritten Reiches emigrieren mußten, werden von der SRP-Propaganda auch jetzt noch ständig diffamiert. So nannte der SRP-Redner Kever am 16.8.1950 in Stade die Emigranten: "Schmarotzer, die sich nun wieder mit dem Troß der Alliierten in Deutschland eingeschmuggelt haben und uns aussaugen."
Beweis: Zeugen Nr. 102 bis 104.

d) Zu welchem Ausmaß der Kampf gegen politische Gegner führt, zeigt das Verhalten, das Dr. Dorls dem bayerischen Staatsminister Dr. Högener gegenüber an den Tag legte. Am 30.3.1951 sandte Dr. Dorls an Staatsminister Högener ein Fernschreiben wegen eines Versammlungsverbots in Bayern für die SRP und gebrauchte u.a. folgende Worte: "Amerikanisches Terrorregiment durch ihre politischen Zuhälter in Deutschland . . . Sie sind das verächtlichste Subjekt, das die deutsche Erde je getragen hat, weil Sie sich freiwillig als Hinrichtungszeuge in Nürnberg zur Verfügung gestellt haben." Am folgenden Tage bezeichnete Dr. Dorls den Minister Dr. Högener ausdrücklich als Landesverräter.
Beweis: Sitzungsberichte des Bundestages vom 4.u.6.4.51 über die 129.bezw. 131.Sitzung.

12) Die Presse der SRP dient der Propaganda gegen die Bundesregierung im besonderen Maße. So schrieb die "Deutsche Reichszeitung" am 25.7.1950 in dem Leitartikel "Gotenschicksal oder . . . ?" Was soll uns deutschen Menschen schon die west- oder ostdeutsche Politik. Sie sind nur Fassaden, hinter denen man ohne Rücksicht auf die gesamtdeutschen Belange andere Ziele verfolgt. Angesichts dieses Zustandes von einem Willen des deutschen Volkes zu sprechen, dessen Vollstrecker die Pseudopolitiker der Ost- und Westregierung sind, ist eine absolute Geschichtsfälschung; denn wenn bei uns ein Wille vollstreckt wird, so ist es der amerikanische Wille."

Beweis: Die "Deutsche Reichszeitung" vom 25.6.195o, die zu den Gerichtsakten überreicht wird.

In der gleichen Zeitung wird am 8.8.195o in dem Leitartikel "Zu spät" der Vorwurf der Verschwendung gegen die Bundesregierung erhoben. Es heisst dort: "Die satten Opportunisten sitzen nun einmal im Sattel und klammern sich an die Pfründe, wobei so Kleinigkeiten, wie 25 Millionen Deutsche Mark für das Bundeshaus mit umliegenden Schlössern keine Rolle spielen."

Beweis: Die "Deutsche Reichszeitung" vom 8.8.195o, die zu den Gerichtsakten überreicht wird.

In der "Deutschen Wacht", Stimme der Sozialistischen Reichspartei, führt die SRP ebenfalls ihren Pressekampf gegen die demokratische Grundordnung. In der Nr. 1 dieser Zeitschrift vom 13.1.1951 wird folgendes ausgeführt: "Verordnung der Bundesregierung vom 19.9.195o. SRP auf der schwarzen Liste. Mit einer Begründung im Namen der Demokratie und des Christentums, die so dreist und gottesfürchtig gelogen war, dass selbst die amtlich angestellten Brunnenvergifter in Ostzonesien vor Neid erblassten."

Beweis: Die "Deutsche Wacht" vom 13.1.1951, die zu den Gerichtsakten überreicht wird.

Unter der Überschrift "An der Futterkrippe" wird in der Deutschen Wacht vom 8.4.1951 u.a. folgendes ausgeführt: "Unter der Siegerjustiz hat sich eine Aktiengesellschaft gewissenloser Spekulanten und Lumpokraten herauskristallisiert, die einen Staat im Staate bilden, und im Fahrwasser christlicher oder atheistischer Bänkelsänger den Egoismus als System auf ihre Fahne geschrieben hat". An anderer Stelle wird unter der Überschrift "Diese Heuchler und Muck" folgendes verbreitet: " Schaut sie Euch nur an, wie sie schwänseln und fuchsschwänzeln vor ihren Befreiern. Diese organisierte Heuchelei des bezahlten physischen und psychologischen Niedergangs." Das Vertrauen des Volkes zum Recht soll an einer weiteren Stelle mit folgenden Ausführungen untergraben werden: "Das Recht an sich ist nicht mehr tragendes Fundament des Gemeinschaftslebens sondern nur Dirne für ein politisches Machtinstrument der Sieger und ihrer deutschen Helfershelfer herabgesunken".

Anschliessend

20

Anschliessend wird die Forderung nach "Ausrottung des Weimarer Geistes" mit folgender Begründung erhoben: "Erste Forderung ist die unerbittliche geistige Abrechnung und totale Entmachtung der bewussten blutseigenen Totengräber unserer Nation, die schon von 1918 bis 1933 offen und darüber hinaus versteckt die Bakterien des politischen Hochverrats verkörperten. Das bedeutet die totale Ausrottung des Geistes, den Weimar für sich beanspruchte und der letzten Endes nur das Gestammel verstückter Ideologen marxistisch internationaler Prägung und weltenferner Katheder-philosophen oder aber abstrakter, kalt rechnender Funktionäre oder Manager gewisser Dunkel- und Munkelmächte war, deren Weizen immer wieder blühte und blüht in nationalen Katastrophen."

Beweis: "Deutsche Wacht" vom 8.4.1951, die zu den Gerichtsakten überreicht wird.

13.) In ähnlicher Weise wie der Nationalsozialismus bedient sich auch die SRP einer Dolchstosslegende, um den Volk den militärischen Zusammenbruch als entschuldbar hinzustellen und politische Vorwürfe gegen unbequeme Gegner zu erheben, ohne dass die Sinnlosigkeit dieser Vorwürfe offensichtlich zu Tage tritt. So behauptete der SRP-Redner Haas in Helmstedt am 26.11.195o: "Wenn man den deutschen Soldaten im Osten nicht in den Rücken gefallen wäre, gäbe es heute keine Bedrohung der europäischen Kultur".

Beweis: "Helmstedter Allgemeine Zeitung" vom 27.11.195o.

a) In Süllingen[1] behauptete Remer auf einer Versammlung am 9.1o.195o, dass auf Befehl der Generale wenige Tage vor der Invasion die Waffen am Atlantik-Wall ausgebaut worden seien. Von Bothmer verbreitete gleichlautende Meldungen am 26.11.195o in Königslutter[2] und warf dem General Graf Schwerin vor, Invasionspläne für die Engländer angefertigt zu haben. Am 5.2.1951[3] wiederholte v.Bothmer diese Beschuldigungen in Hoffnen.

Beweis: 1. Zeugen Nr. 47 bis 51
2. " " 11 und 12
3. " " 86 und 87.

bl